

Meinhold, Helmut

Article — Digitized Version

Konvertibilitätsreife und internationale Arbeitsteilung: Eine Untersuchung an Hand der westdeutschen Zahlungsbilanz

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Meinhold, Helmut (1954) : Konvertibilitätsreife und internationale Arbeitsteilung: Eine Untersuchung an Hand der westdeutschen Zahlungsbilanz, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 34, Iss. 2, pp. 78-87

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131852>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konvertibilitätsreife und internationale Arbeitsteilung

Eine Untersuchung an Hand der westdeutschen Zahlungsbilanz

Professor Dr. Helmut Meinhold, Heidelberg

Die Diskussion um die Konvertibilität der Währungen und die optimale Gestaltung der Welthandelsbeziehungen reißt nicht ab, und sie wird es auch nicht, solange es nicht gelungen ist, eine wirksame Ausgleichsmöglichkeit für die unterschiedliche Wirtschaftsentwicklung der einzelnen Länder und vor allem für ihre unterschiedliche Währungs- und Handelspolitik zu finden. Kann Deutschland den Schritt zur freien Konvertibilität wagen, ohne davon eine entscheidende Schwächung seiner Außenhandelsituation befürchten zu müssen? Und wenn es ihn wagen kann: läßt die voraussichtliche Reaktion seiner Handelspartner davon greifbare Vorteile erwarten? Oder wird es über eine Erleichterung des internationalen Zahlungsverkehrs hinaus nicht zu einer Intensivierung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung kommen? Zur Klärung dieser Fragen soll der folgende Artikel beitragen. Er wird in einem späteren Heft zu ergänzen sein durch eine Analyse des deutschen Zahlungsbilanzüberschusses und seiner Ursachen sowie durch eine Würdigung der Bedeutung des Nationalbudgets für die Stabilität der Währungen.

Zahlungsbilanz — MASSTAB DER KONVERTIBILITÄTSREIFE?

Seit der Währungsreform, insbesondere aber seit 1951, als der Saldo der laufenden Posten in der westdeutschen Zahlungsbilanz zunehmend aktiv wurde, ist die Forderung berufener Vertreter der deutschen Wirtschaftspolitik, die Konvertibilität der Deutschmark „herzustellen“, nicht mehr verstummt, die Diskussion um das Für und Wider dieser Forderung nicht mehr abgerissen. Über die grundsätzliche Rechtfertigung einer solchen Forderung ist es daher nicht mehr notwendig, viele Worte zu verlieren, es genügt auch als Ausgangspunkt unserer Überlegungen, die logische Grundposition kurz ins Gedächtnis zurückzurufen.

Wie immer haben wir davon auszugehen, daß die Gesamtzahlungsbilanz jedes Landes ex definitione ausgeglichen ist. Ist die sogenannte „Handelsbilanz“, d. h. der Saldo der laufenden Zahlungen aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr, aktiv, der Saldo der Kapitaldienstzahlungen aber nicht entsprechend passiv oder gar ebenfalls aktiv, so ist die automatische Folge eine Verschuldung des Auslandes beim Inland in entsprechendem Umfang, d. h. die „Kapitalbilanz“ wird passiv oder, deutlicher gesagt, das Land exportiert Kapital. Im günstigsten Fall erfolgt dieser Kapitalexport durch Hergabe vereinbarter Bankkredite oder durch Ankauf ausländischer Anleihen, im ungünstigsten, heute aber meist üblichen Fall durch erzwungene Kredithergabe in Form des Einfrierens ausländischer Zahlungsrückstände. Das Umgekehrte ist natürlich gegeben, wenn der Saldo der laufenden Zahlungen aus dem Waren-, Dienstleistungs- und Kapitaldienstverkehr passiv wird; das betreffende Land wird dann automatisch Kreditnehmer, also Kapitalimporteure.

Methoden zum Ausgleich der Zahlungsbilanz
Dieser, logisch also notwendige, Ausgleich der Zahlungsbilanz kann auf vier verschiedene Arten (oder durch deren Kombinationen) erfolgen: durch Bewegung des Wechselkurses, durch die Geld- und Kreditpolitik, durch administrative Maßnahmen und durch internationale Kredite. Unter den in der Weltwirtschaft heute gegebenen Umständen müssen wir die beiden letzten dieser

Wege, als dem Wiederaufbau eines der Wohlfahrt aller dienenden Welthandels hinderlich, ausscheiden. Zwar kann der Ausgleich der Zahlungsbilanzen durch internationale Kredite an sich sehr erwünscht sein, zumal wenn dieser Weg des Zahlungsbilanzausgleichs zusätzlich zu einem der beiden erstgenannten Wege beschritten wird. Aber der privatwirtschaftlich organisierte Apparat des Welthandels und des internationalen Kredits ist heute nur zum geringen Teil bereit, freiwillig Zahlungslücken zu füllen, eben weil er mangels eines anderen funktionsfähigen Weges zum Ausgleich der Zahlungsbilanz die Rückzahlung der Kredite oft nicht gewährleistet sieht. Der öffentliche Kredit — d. h. größtenteils die Kredite der USA. — ist aus dem gleichen Grunde nur noch widerwillig und z. T. bereit, in die Bresche zu springen. Die neugeschaffenen Organe des internationalen Kredits, z. B. der Weltwährungsfonds und die Weltbank, sind ihrer Natur nach nicht dazu da, fundamentale Zahlungsbilanzungleichgewichte dauernd auszugleichen, und wenn sie es wollten, würden ihre Reserven dazu nicht ausreichen. So bleibt in hohem Umfang der Zwangskredit — d. h. die Entstehung von großen Verrechnungssalden, deren Ausgleich in den Sternen steht, die also praktisch einfrieren. Daß diese Salden dem Wiederaufbau des Welthandels hinderlich sind, brauchen wir nicht zu begründen, die Erfahrung der letzten Jahre beweist es zur Genüge.

Ähnliches gilt für den Ausgleich der Zahlungsbilanzen auf administrativem Wege, also mindestens durch Zölle, Subventionen, Dumping etc., deren Höhe, wenn sie eine ständige Zahlungsbilanzausgleichsfunktion ausüben sollen, je nach dem Stand der Zahlungsbilanz schwanken müßte, womit die notwendige Stabilität des Welthandels gebrochen wäre, ganz zu schweigen von der Unvermeidbarkeit der Verringerung der internationalen Arbeitsteilung. Üblich ist aber als administratives Mittel zum Zahlungsbilanzausgleich die Devisenbewirtschaftung. Auch hier bedarf es keines Beweises mehr, daß sie dem Wiederaufbau des Welthandels in höchstem Grade hinderlich ist. Wenn sie dennoch die heute dominierende Form des Zahlungs-

bilanzausgleichs ist, so deshalb, weil man sich zwar ihrer hemmenden Wirkungen für den Welthandel durchaus bewußt ist, aber dieses Hemmnis geringer veranschlagt als gewisse Vorteile, die man bei Existenz der Devisenbewirtschaftung zu haben glaubt. Diese Vorteile sind in erster Linie die Möglichkeit einer von der Zahlungsbilanz unabhängigen Geld- und Kreditpolitik und einer relativ weltmarktunabhängigen Preispolitik.

Vor allem die letztere ist nämlich bei den beiden verbleibenden und im Sinne des Welthandels wünschenswerteren Möglichkeiten zum Zahlungsbilanzausgleich, also über schwankende Wechselkurse oder über die Geld- und Kreditpolitik, nicht gegeben. In beiden Fällen ist Voraussetzung des Zahlungsbilanzausgleichs die sogenannte Konvertibilität. Sie bedeutet nichts anderes, als daß Devisen auf Devisenmärkten prinzipiell ohne administrative Beschränkungen gehandelt werden dürfen. (In unserem Zusammenhang ist es dabei von sekundärer Bedeutung, ob gewisse administrative Beschränkungen des Devisenhandels noch für den Kapitalverkehr bestehen bleiben, für den Handels- und Dienstleistungsverkehr müssen sie aber bei beiden Wegen aufgehoben werden.)

Wird der Weg der schwankenden Wechselkurse gewählt, so ist die Wirkung für das innere Preisniveau von vornherein deutlich. Der Ausgleich der Zahlungsbilanz erfolgt hier in der Weise, daß die Devisen frei gehandelt werden und der Wechselkurs — d. h. der Preis für die Devisen — sich sozusagen täglich am Devisenmarkt je nach Angebot und Nachfrage von Devisen bildet. Ist etwa die „Zahlungsbilanz“ tendenziell passiv, d. h. wird mehr importiert als exportiert, so werden mehr Devisen von den Importeuren nachgefragt als von den Exporteuren angeboten, der Preis für Devisen steigt, d. h. der Wechselkurs der eigenen Währung sinkt. Infolgedessen wird der Preis für Importgüter, in Inlandswährung gerechnet, teurer, sämtliche importabhängigen Güter steigen im Preis. Das umgekehrte ist natürlich bei tendenziell aktiver Bilanz der Fall. Der laufende Zahlungsbilanzausgleich wird also — das ist ja das Wesen dieses Systems — durch laufende Preisschwankungen der Importgüter im Inland erkaufte.

Ähnlich, wenngleich indirekt, wirkt der Ausgleich der Zahlungsbilanz durch die Geld- und Kreditpolitik. Es ist das etwa das System des Zahlungsbilanzausgleichs, das dem Welthandelsmechanismus zur Zeit der Goldwährungen zugrunde lag. Auch hier ist der Devisenhandel frei, Angebot und Nachfrage nach Devisen werden jedoch nicht sich selbst überlassen, sondern durch die Geldpolitik manipuliert, sei es nun durch einen Automatismus oder bewußt. Zeigt hier die „Zahlungsbilanz“ Tendenzen zur Passivität, so wird das Geld- und Kreditvolumen vermindert, die Inlandsnachfrage sinkt, mit ihr sinken die Inlandspreise. Infolgedessen werden auch hier die Importgüter im Vergleich zum Inlandspreisniveau verteuert, im umgekehrten Fall verbilligt. Der Unterschied zum System

der schwankenden Wechselkurse ist also insoweit nur der, daß dort die Importgüter absolut teurer werden, während sie hier, auf dem konjunkturell oft unerwünschten Umweg über eine Nachfrageverminderung, nur relativ teurer werden.

Konvertibilität und deutsche Zahlungsbilanz
Diese — absolute oder relative — Verteuerung der Importgüter ist heute eines der Hauptthemnisse für die meisten Länder, die Konvertibilität ihrer Währung anzustreben. Doch sei betont: nicht das einzige Hemmnis. Nach wie vor spielt bei den diesbezüglichen Erwägungen in den verschiedenen Ländern z. B. die Sorge eine Rolle, in der nationalen Konjunkturpolitik übermäßig gebunden zu werden. Beide Argumente stehen aber in unmittelbarer Wechselwirkung zueinander. Je weniger nämlich ein Land gewillt — oder in der Lage — ist, im Falle der Konvertibilität seine Zahlungsbilanz bei eintretenden Passivierungstendenzen durch Verminderung der inländischen Nachfrage, also durch Dämpfung der Konjunktur, in Ordnung zu bringen, um so stärker muß es statt der relativen die absolute Verteuerung der Importgüter in Kauf nehmen. Bei vielen Ländern, wie gerade auch bei Deutschland, mußte dieser Gesichtspunkt eine große Rolle spielen. Angesichts unserer zahlreichen Wiederaufbauprobleme konnte eine durch zahlungsbilanzbedingte schärfere Kreditrestriktion veranlaßte wesentliche Verminderung unter die mögliche und tatsächlich erreichte Wachstumsrate nicht erwogen werden, geschweige denn ein Abbremsen der Konjunktur in solchem Ausmaß, wie es z. B. zum Ausgleich der Zahlungsbilanz bei Fortfall der Devisenbewirtschaftung etwa im Jahre 1949 notwendig gewesen wäre. Ebenso wenig aber konnte eine erhebliche Verteuerung der Importgüter, die ja bei uns eine Verteuerung insbesondere der Grundnahrungsmittel und nahezu sämtlicher Massenkonsumgüter nach sich gezogen hätte, erwogen werden. Zwar ist hier der Einwand berechtigt, daß eine solche Verteuerung auch im Falle der Devisenbewirtschaftung weitgehend unausweichlich war, da ja durch sie das Inlandsangebot an Importgütern in mindestens dem gleichen Umfang verknappt wurde. Immerhin hatte man aber — womit hier die Devisenbewirtschaftung nicht gerechtfertigt, sondern nur ihre Aufrechterhaltung erklärt werden soll — bei der Devisenbewirtschaftung die Möglichkeit, diese Verknappung auf die weniger wichtigen Güter zu konzentrieren und damit die Preissteigerung bei lebenswichtigen Gütern zu verringern oder gar, soweit noch Rationierung oder Bewirtschaftung im Inland bestand, zu unterbinden.

Je weniger aber mit dem Fortschreiten unseres Aufbaus die Befürchtung bestand, daß sich unsere Zahlungsbilanz bei gegebenen Wechselkursen durch die Freistellung der Konvertibilität stark passivieren würde, also entweder die Wechselkurse zum Zwecke des Ausgleichs stark sinken müßten oder eine überscharfe Kreditrestriktion notwendig würde, um so mehr schwanden diese Besorgnisse. Könnte man etwa damit rechnen, daß die westdeutsche Zahlungsbilanz trotz der

nach wie vor weit überdurchschnittlichen Wachstumsrate unserer Wirtschaft beim Übergang zur Konvertibilität zu den gegebenen Wechselkursen etwa ausgeglichen sein würde, so brauchte man weder die Notwendigkeit schärferer Krediteinschränkungen noch die Verteuerung der Importgüter zu befürchten. Damit wären zwar weitaus noch nicht alle, aber doch die wichtigsten Hemmnisse gegen einen Übergang Westdeutschlands zur Konvertibilität beseitigt.

Nun wissen wir ziemlich genau, daß der Saldo unseres Kapitaldienstes in absehbarer Zeit in erheblichem Umfang passiv sein wird— das ergibt sich aus unseren Schuldzahlungsverpflichtungen. Mit einer entsprechenden Aktivität auf der Kapitalseite, also einem großen Kapitalimport können wir jedenfalls vorerst nicht rechnen. Die Zahlen, die etwa im Zusammenhang mit der Weltbankleihe genannt wurden oder sonst in Frage kämen, stehen in keinem Verhältnis zu den laufenden Schuldendienstzahlungen. Das bedeutet: eine Konvertibilitätsreife unserer Zahlungsbilanz im Sinne des Wegfalls der genannten Hemmnisse dürfen wir erst dann annehmen, wenn die übrigen Posten unserer Zahlungsbilanz, d. h. wenn die sogenannte Handelsbilanz (der Saldo der laufenden Posten aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr), entsprechend aktiv sind. Wäre die Handelsbilanz weniger aktiv oder nur ausgeglichen, so wären dagegen die Besorgnisse berechtigt, freilich je nach dem Umfang der dann eintretenden, durch den Kapitaldienst verursachten Passivtendenz der Gesamtzahlungsbilanz mehr oder weniger. Die Größenordnung der in diesem Sinne zur „vollen Konvertibilitätsreife“ notwendigen Aktivität der Handelsbilanz läßt sich abtasten. Die laufende Transferbelastung aus dem bereits aufgenommenen oder in Aufnahme befindlichen Schuldendienst (d. h. ohne Berücksichtigung der Sperrmarkguthaben und Sperrmarkanlagen) beläuft sich nach Angabe der Bank deutscher Länder zunächst auf rd. 1,5 Mrd. DM (rd. 350 Mill. \$) jährlich.¹⁾ Mit diesem Betrag, abzüglich etwaiger Kapitalimporte, müßte also unsere Handelsbilanz (einschließlich des Dollarumtauschs der Besatzungsmächte) etwa aktiv sein. Welche Aussichten dafür bestehen, wird im folgenden zu untersuchen sein.

DIE DEUTSCHE HANDELSBILANZ

Entwicklung seit 1949

In den ersten 2½ Jahren nach der Währungsreform brachte der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft mit stark nachhinkendem Wiederaufbau unseres Außenhandels ungemein starke Belastungen für die deutsche Zahlungsbilanz mit sich. Im Jahre 1949 z. B. war der Saldo der laufenden Posten der westdeutschen Zahlungsbilanz²⁾ mit 1035 Mill. \$ passiv; selbst die Auslandshilfe (861 Mill. \$) vermochte keinen vollen Ausgleich herbeizuführen, so daß unsere ohnehin überaus schwachen Devisenreserven und die Verrechnungspositionen mit weiteren 174 Mill. \$ belastet werden

¹⁾ Monatsberichte der BdL., Sept. 1953, S. 23.

²⁾ Zahlungen aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie aus den laufenden Kapitalleistungen, Saldo aus den nicht erfaßbaren Posten und den statistischen Ermittlungsfehlern, zitiert nach dem Geschäftsbericht der BdL. 1952, Tabelle 1, S. 67.

mußten. Nach einer sichtbaren Verbesserung im ersten Halbjahr 1950 brachte die Koreafrage neue Erschwerungen, so daß wir bekanntlich im Oktober 1950 dicht davor standen, unsere Zahlungsunfähigkeit gegenüber der gerade drei Monate zuvor gegründeten europäischen Zahlungsunion erklären zu müssen. Trotz der Verbesserung in der ersten Jahreshälfte und der scharfen, gegen Jahresende auch wieder gegenüber dem EZU.-Raum verstärkt einsetzenden Importbeschränkungen schloß das Jahr 1950 daher wiederum mit einem Passivsaldo der laufenden Posten von 634 Mill. \$, der wieder nur zum Teil (491 Mill. \$) durch Auslandshilfe abgedeckt werden konnte.

Zahlreiche Sachverständige glaubten damals, in dieser Situation der deutschen Zahlungsbilanz eine strukturelle, also nicht nur der ersten Aufbauphase Westdeutschlands eigentümliche Schwäche der westdeutschen Außenwirtschaft erkennen zu müssen. Durch zahlreiche politische und wirtschaftliche Momente, unter ihnen vor allem die Notwendigkeit, große, früher aus dem Osten bezogene Warenmengen nunmehr aus dem Westen, insbesondere dem Dollarraum beziehen zu müssen, ohne daß wir die früheren Ostexporte dorthin lenken konnten, erschien die von jeher schwache deutsche Position gegenüber dem Dollarraum unheilbar belastet. Auch gegenüber dem EZU.-Raum aber durfte die deutsche Stellung längerfristig keinesfalls als so sicher gelten, wie man angesichts des früher stets aktiven deutschen Europahandels glauben mochte. Vielmehr sprachen die Tatsache, daß Westdeutschland ja nur über einen Teil des früheren gesamtdeutschen Exportpotentials verfügte, und ferner, daß der EZU.-Raum außer Europa zahlreiche Überseegebiete, mit denen auch Gesamtdeutschlands Bilanz früher nicht ausgeglichen war, umfaßte, dafür, daß auch hier längerfristig ein Passivum zu vermuten war; alles das abgesehen von den noch nicht übersehbaren Schwierigkeiten, wieder in die im Kriege verlorenen Absatzpositionen hineinzukommen. Unter diesen Umständen erschien es als ein schwerwiegender Fehler, daß man der Bundesrepublik in der Abwertungswelle vom September 1949 nur eine schwächere Abwertung, als sie die meisten europäischen Konkurrenten durchgeführt hatten, gestattete, und ebenso, daß man Westdeutschland nicht wie anderen schwachen Ländern bei seinem Eintritt in die EZU. einen Anfangskredit (initial position) eingeräumt hatte.

Diese damals sehr wohl begründeten und in der ersten Aufbauphase ja auch als berechtigt erwiesenen Überlegungen sollten wir durchaus nicht vergessen, wenn die deutsche Zahlungsbilanzposition heute, nach drei weiteren Jahren, so ganz anders erscheint. Zum mindesten verpflichten sie uns zu einer sehr eingehenden Prüfung der Dauerhaftigkeit der gegenwärtigen, umgekehrten Situation, ehe wir wirtschafts- und außenhandelspolitische Schlüsse daraus ziehen. Tatsache ist, daß die westdeutsche Zahlungsbilanz seit 1951 prinzipiell aktiv gewesen ist. Für 1951 ergaben die laufenden Posten ein Aktivum von 51 Mill. \$, für 1952 ein solches von 466 Mill. \$. Das Jahr 1953 wird, trotz

des freilich erst z. T. aufgenommenen Kapitaldienstes, mit einem noch höheren Aktivum abschließen; für die ersten 11 Monate betrug es bereits rd. 750 Mill. \$³⁾. Somit scheint es, als hätten die anfänglichen Zahlungsbilanzschwierigkeiten andere als die damals z. T. vermuteten, oben skizzierten Ursachen gehabt, nämlich jedenfalls keine strukturellen. Maßgeblich für die damalige Passivität scheinen vielmehr in erster Linie folgende Gründe gewesen zu sein: der außerordentlich große Warenhunger des ein Jahrzehnt lang unterversorgten Deutschland, der stets dann, wenn sich durch Abbau von Importrestriktionen (wie etwa die Liberalisierung zunächst in bilateralen Verträgen, dann im Rahmen der EZU.) neue Importmöglichkeiten eröffneten, zu Importstößen führte; das anfänglich noch recht schwache Exportpotential der westdeutschen Wirtschaft, die ja sowohl ihre Produktionskapazitäten wieder rationell aufbauen als auch die verlorenen Auslandsmärkte wieder erobern mußte; und die starke Verteuerung der Rohstoffe zumal im Zeichen des Korea-booms, die unsere terms of trade stark verschlechterte, d. h. dazu führte, daß wir mit unseren im Preise weniger gestiegenen Fertigwarenexporten sehr viel weniger Importrohstoffe bezahlen konnten als früher. Diese drei Hauptursachen erscheinen mittlerweile als hinfällig, ja als in einem solchen Umfange überwunden, daß die genannten strukturellen Schwächen überkompensiert wurden. Der erste Warenhunger ist gedeckt, die erste Wiederaufbauphase des Exports ist beendet, und die terms of trade sind durch die internationale Senkung der Rohstoffpreise wieder normalisiert.

Deckung des Warenhungers

Eine solche Betrachtung hat zweifellos sehr viel für sich, ist aber zumindest sehr voreilig. Am sichersten erscheint noch die Feststellung, daß der erste Nachkriegswarenhunger gedeckt, mit Importstößen wie in den Jahren 1949/50 daher nicht mehr zu rechnen ist. Manches spricht sogar dafür, daß die Lage in Westdeutschland sich im Hinblick auf den Import noch darüber hinaus gewandelt hat. Nach der Währungsreform löste jede Steigerung der Lebenshaltung im Zuge des Wiederaufbaus die Tendenz einer überproportionalen Steigerung der Importe aus. Für jegliches Konsumgut, das mehr nachgefragt wurde, waren die Rohstoffe entweder ganz aus dem Ausland zu beziehen — Baumwolle, Kautschuk — oder die Inlandsproduktion von Rohstoffen war einigermaßen begrenzt, so daß, während die bisherige Nachfrage zum Teil aus inländischen Aufkommen zu decken war, zusätzliche Nachfrage so gut wie ganz zu Rohstoffimporten führte — wie bei Häuten, Wolle und vor allem Nahrungsmitteln. Heute hat unsere Lebenshaltung, auch wenn sie im Durchschnitt noch weit hinter dem Stand anderer westlicher Länder zurückbleibt, doch offenbar ein Niveau erreicht, durch das dieses Verhältnis z. T. anders gestaltet wird. Verbessertes Einkommen bedeutet zwar z. T. immer noch Mehrnachfrage nach diesen importabhängigen Gütern, zum Teil aber auch

³⁾ bei freilich gegenüber den anderen Zahlen etwas veränderter Berechnung gemäß Monatsberichten der BdL. 1953.

vermehrtes Sparen, das vorerst nicht zur gesteigerten Nachfrage nach Konsumgütern führt, sondern entweder Nachfrage stilllegt oder, soweit die Banken daraufhin vermehrt Investitionskredite geben, eine vermehrte Nachfrage nach Investitionsgütern auslöst, die wie Maschinen, Baustoffe usw. im wesentlichen ganz aus der Inlandsproduktion stammen, also nicht den Import belasten. Darüber hinaus scheint selbst eine vermehrte Nachfrage nach Konsumgütern nicht mehr so stark wie vor wenigen Jahren auf den Import zu wirken, da sie sich zu einem stärkeren Teil Artikeln des gehobenen Bedarfs zuwendet, die entweder überhaupt aus der Inlandsproduktion stammen — Kraftfahrzeuge, elektrotechnische und optische Erzeugnisse — oder doch einen höheren Anteil inländischer Produktionsleistung enthalten als die früher gekaufte billige Massenware — hochveredelte Textilien etc.

Immerhin ist die daraufhin anzustellende Überlegung, daß eine weitere Steigerung des Sozialprodukts und damit der Lebenshaltung die Importseite unserer Zahlungsbilanz nicht so stark belasten wird, in manchen Punkten unsicher. Absolut gesehen bleibt — zumal im Zeichen der wachsenden Liberalisierung bei Fertigwaren — die Importabhängigkeit gerade unseres Konsums offenbar immer noch sehr hoch, so daß der Importbedarf stärker steigt als das Sozialprodukt. In ihrem Dezemberbericht errechnet die BdL für die ersten 11 Monate 1953 eine mengenmäßige Importsteigerung gegenüber dem gleichen Vorjahrszeitraum „um ungefähr 12%, was bei einer Zunahme der Industrieproduktion um vielleicht 8% und des Realwertes des Sozialprodukts um schätzungsweise 5% sicher als eine sehr beachtliche Zunahme anzusprechen ist“⁴⁾. Wenn wir daher fortfahren — und angesichts unseres immer noch vorhandenen Rückstandes gegenüber anderen Ländern, der Situation zahlreicher Vertriebenen usw. sollten wir alles daransetzen —, unser Sozialprodukt stärker zu steigern, als es dem internationalen Durchschnitt entspricht, so können wir durchaus mit einer weiteren kräftigen Steigerung unserer Nachfrage nach Importgütern rechnen.

In gleicher Richtung wirkt sich ein anderer Umstand aus: seit dem Frühjahr 1951 ist die Lage auf den Weltrohstoffmärkten in der Tendenz durch ein Absinken oder gar Abbröckeln der Preise gekennzeichnet. Eine solche Tendenz pflegt die Importeure und Lagerhalter von Rohstoffen zu äußerster Zurückhaltung zu führen und hat das mit Sicherheit auch hier getan. Zwar dürfen wir nicht vermuten, daß daraufhin in allerjüngster Zeit ein Lagerabbau vorgenommen worden sei, zumal die Preisschwäche in den letzten Monaten einer Stabilisierung der Preise gewichen ist. Ein solcher Lagerabbau läßt sich auch nicht über Jahre hinweg betreiben, und die gezeichnete Preistendenz dauert ja nun schon nahezu drei Jahre an. Wohl aber läßt sich vermuten, daß die Dispositionen im allgemeinen nach der unteren Seite der notwendigen Lagerhaltung hin getroffen wurden, d. h. daß im wesentlichen nicht mehr gekauft wurde als gerade notwendig. Sollte da-

⁴⁾ Monatsbericht der BdL., Dezember 1953, S. 25.

her, wofür im Augenblick allerdings keine wichtigeren Anzeichen sprechen, die Tendenz der Weltmarktpreise sich umkehren oder doch die wesentlich stabilere Haltung der letzten Monate fortsetzen, so kann bei gleichzeitiger Andauer des Aufschwungs im Innern durchaus auch von dieser Seite mit einem Importstoß gerechnet werden. Dieser könnte, auch wenn wohl kaum annähernd mit Stößen des Ausmaßes wie in der Koreazeit gerechnet werden darf, doch für einige Zeit das Bild unserer Handelsbilanz kräftig ändern.

Wiederaufbau des deutschen Exports

Auch die Exportseite der deutschen Zahlungsbilanz ist nicht ganz so sicher, wie man an Hand der Ergebnisse der letzten Jahre vermuten könnte. Sicher dürfen wir in dem zunächst kräftigeren, dann langsameren, aber stets in der Tendenz fortgesetzten Anstieg unserer Exporte einen Normalisierungsprozeß, also eine strukturelle Erscheinung sehen. Zug um Zug sind alte Märkte für den deutschen Export wieder erobert worden, und wenn wir feststellen müssen, daß wir trotz dieses Anstiegs unseren Vorkriegsanteil am Welthandel noch nicht wieder erreicht haben, so kann das die Annahme stützen (freilich nicht sichern), daß dieser Wiederaufbau unseres Exports noch in beträchtlichem Maße über das allgemeine Wachstum des Welthandels hinaus fortgesetzt werden kann.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß der Anstieg unseres Exports auch durch die Weltkonjunktur erhebliche Antriebe erhalten hat. Sollte die Weltkonjunktur in stärkerem Maße nachlassen, kann daher unter Umständen damit gerechnet werden, daß der weitere, strukturell bedingte Anstieg unserer Exporte durch ein konjunkturbedingtes Nachlassen zeitweilig oder gar für längere Zeit kompensiert oder überkompensiert wird. Diese Gefahr sollte zwar nicht übertrieben werden. Angesichts der schwächeren konjunkturellen Situation wichtiger Welthandelsländer, insbesondere der USA., sind Befürchtungen in dieser Richtung oft ausgesprochen worden, ohne daß sie sich bisher bewahrheitet hätten: trotz dieser schwächeren Lage stieg der Export, auch in jene Gebiete, weiter an. Aber es ist natürlich nicht gesagt, daß das so bleibt⁵⁾.

Wichtiger erscheint der Einwand, daß dieser Exportaufschwung eine ganz bestimmte Geldpolitik nicht nur Deutschlands, sondern auch anderer Länder voraussetzt. Sicher ist, daß, wie schon oben gesagt, der deutsche damals „vorläufige“ Wechselkurs im September 1949 zu hoch, also prinzipiell exportschädigend festgesetzt worden ist. Die weitere Entwicklung hat diesen Fehler aber — freilich nicht ohne entsprechend schmerzhaftige Wirkungen insbesondere in der Koreazeit — weitgehend geheilt: der deutschen Wirtschafts-, insbesondere der Geldpolitik gelang es, das deutsche

⁵⁾ Vgl. dazu: Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft an der Jahreswende 1953/54, Bericht der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, hier nach dem Wochenbericht des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin Nr. 51/52 vom 22. 12. 53, S. 204; ferner A. Wissler, zur konjunkturellen Situation, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 1953, Heft 4, Berlin, S. 337 ff.

Preisniveau prinzipiell stabil zu halten, während in anderen Ländern starke Preissteigerungen zu verzeichnen waren. Dadurch ist, gemessen etwa an den Kaufkraftparitäten, der deutsche Wechselkurs nicht nur richtiger geworden, sondern im Vergleich zu einer ganzen Reihe von Ländern mit stark inflationistischer Entwicklung, vor allem natürlich gegenüber Frankreich, sogar zu niedrig. Diese Länder sind in gleichem Zuge in der Bilanz ihrer laufenden Zahlungen sowohl Deutschland als auch dritten Ländern gegenüber passiv geworden und zum Teil in eine für ihren Außenhandel offensichtlich unhaltbare Situation gelangt. Wollen sie ihre Zahlungsbilanz wieder in Ordnung bringen — und auf die Dauer wird ihnen im eigenen Interesse nichts anderes übrig bleiben —, so müssen sie sich mindestens zu einer starken Zurückhaltung in ihrer Geldpolitik, in zahlreichen Fällen darüber hinaus zu einer Abwertung entschließen. Tun sie das, so wird ihre Exportsituation gekräftigt, d. h. ihre Konkurrenzlage auf dritten Märkten und auf dem deutschen Markt auch im Verhältnis zur deutschen Industrie wesentlich begünstigt. Umgekehrt wird ihr Import, auch soweit er deutscher Export ist, hemmend beeinflusst. Insoweit müssen wir also unsere gegenwärtige Exportlage als durch die Geldpolitik dieser Länder anomal begünstigt ansehen und müssen mit entsprechenden Berichtigungen, die im Interesse des Welthandels nichts als eine Gesundung sind, rechnen. Wir dürfen auch nicht darauf hoffen, daß dafür künstliche Exportförderungsmaßnahmen jener Länder in gleichem Ausmaß in Wegfall geraten könnten. Zwar ist das z. T. möglich, aber die Exportförderungsmaßnahmen jener Länder reichen ja eben nicht aus, Fehler ihres gegenwärtigen Wechselkurses bzw. ihrer Geldpolitik auszugleichen — sonst wären ihre Zahlungsbilanzen nicht passiv.

Gehen diese Länder aber nicht zu einer solchen, im Sinne des Welthandels gesunden, Währungspolitik über, so ist für unseren Export langfristig damit nichts gebessert. Wir stehen dann vor der Alternative, diesen Ländern gegenüber dauernd aktiv zu bleiben, d. h. ihnen ohne Aussicht auf Rückzahlung ständig Geld zu pumpen, das wir selbst dringend brauchen, oder unseren Import von dort künstlich zu vermehren — bei dem überhöhten Preisniveau jener Länder, das ja die Ursache der Passivität ihrer Bilanz ist, für uns ebenso kostspielig und auch praktisch nur in beschränktem Rahmen durchführbar. Oder endlich müßten wir versuchen, unseren Export künstlich oder durch Aussetzen der Verrechnung zu drosseln, wie das ja teilweise schon geschehen mußte. Auf die Dauer würde uns, wenn wir nicht ständig unsere Güter verschenken, d. h. ohne wirkliche Bezahlung liefern wollen, praktisch gar nichts anderes übrig bleiben als dieser dritte Weg.

So gibt es Gründe genug, die Stabilität unseres Exportniveaus anzuzweifeln. Keiner dieser Gründe wird uns schwerwiegend genug erscheinen, um damit die Gefahr einer Passivierung der Salden aus den laufenden Posten unserer Zahlungsbilanz belegen zu

wollen. Wohl aber können wir gewisse Zweifel äußern, ob die Zahlungsbilanz — und zwar gerade auch im Zeichen einer Gesundung des Welthandels — ständig so stark aktiv bleibt. Diese Zweifel gesellen sich zu denen, die bei Betrachtung der Importseite bereits erörtert wurden.

Die Terms of Trade

Die unsicherste der drei Behauptungen, mit denen die These einer chronischen Aktivität unserer Handelsbilanz zu stützen wäre, ist die der Normalisierung der terms of trade. Insbesondere die BdL. weist immer wieder darauf hin, daß die Verbesserung unserer terms of trade, also des Verhältnisses der Exportpreise zu den Importpreisen, seit dem Ende des Koreabooms möglicherweise weit über das Ziel einer Normalisierung hinausgeschossen, also nunmehr im Verhältnis zur „Normale“ vielleicht zu günstig für uns ist. Wäre das der Fall, so hätten wir unter Umständen wieder mit einer Verschlechterung zu rechnen, d. h. wir müßten erheblich mehr Güter als jetzt ausführen, um unsere Importe zu bezahlen; die Handelsbilanz könnte also sehr gut ihre Aktivität verlieren, vielleicht im Zusammenwirken mit anderen Momenten sogar passiv werden.

Tatsache ist, daß die terms of trade heute günstiger für uns sind als in der Zeit vor Ausbruch des Koreabooms. Nach Angabe der BdL. lag das Verhältnis der Aus- und Einfuhrwerte, auf Basis der Preise von 1950 mit 100 : 100 berechnet, 1951 bei 96 : 100 (also ungünstiger für uns als 1950), 1952 aber bei 108 : 100 und 1953 bisher bei ungefähr 116 : 100. Im November 1953 — dem letzten Monat, für den im Augenblick Berechnungen vorliegen — lag das Verhältnis bei 118 : 100⁶⁾. Könnten wir also annehmen, daß das Verhältnis des Jahres 1950 einigermaßen normal gewesen ist, so hätten wir in der Tat mit einer grundlegenden „Verschlechterung“ unserer Zahlungsbilanz durch eine entsprechend rückläufige Preisentwicklung zu rechnen. Würde sich das Verhältnis wieder auf 100 : 100 stellen, so würde das, auf Basis November 1953 berechnet, unseren Ausfuhrwert im Verhältnis zur Einfuhr um rd. 3 Mrd. DM jährlich vermindern, d. h. in der Größenordnung nahezu um den Betrag, um den die westdeutsche Handelsbilanz im Jahre 1953 aktiv gewesen ist. Für die Erfüllung unserer Schuldenverpflichtungen usw. wäre dann also kein Raum mehr, d. h. die Gesamtzahlungsbilanz müßte zu einer entsprechenden Verschuldung führen.

Nun liegt natürlich kein Anlaß vor, eine Wiederherstellung des Preisverhältnisses von 1950 als wahrscheinlich zu unterstellen. Immerhin war der Jahresdurchschnitt 1950 schon, wenn auch noch weniger als 1951, durch die Steigerungen der Rohstoffpreise im Zuge des Koreabooms berührt. Vor allem aber gibt es Gründe für die Annahme, daß die Preisrelationen auf den Weltmärkten in der ganzen ersten Zeit nach dem letzten Kriege genau wie nach dem ersten Weltkrieg unter dem Zeichen einer gewissen Knappheit der Roh-

⁶⁾ Monatsbericht der BdL., Dezember 1953, S. 25.

stoffe und Grundnahrungsmittel standen, also für die Rohstoffe und Grundnahrungsmittel zu günstig lagen. Wäre das der Fall, so wäre die gegenwärtige Entwicklung tatsächlich, auch gegenüber 1950, nur eine Normalisierung, der gegenüber wir den vielleicht sekundär vorhandenen Trend zugunsten der Rohstoffe (infolge der fortschreitenden Industrialisierung) bei unserer allenfalls mittelfristigen Betrachtung nicht zu hoch zu veranschlagen hätten.

Primat der Beschäftigungspolitik

Wenn wir also versuchen wollen, die weitere Entwicklung der westdeutschen Zahlungsbilanz unter dem Aspekt der Entwicklung unseres Außenhandels abzutasten, so erkennen wir eine ganze Reihe von Gründen, die eine auf unbedingte Fortdauer der gegenwärtigen Aktivität hinzielende Prognose sehr unsicher erscheinen lassen. Wir können zwar das Gewicht dieser Gründe nicht zahlenmäßig zum Ausdruck bringen; dazu wäre die Feststellung von Normen und Trends erforderlich, die aber wegen der tiefgehenden Umwälzungen durch den Krieg und der Kürze und Unausgewogenheit der seither verflossenen Zeit nicht möglich ist. Wohl aber können wir sagen, daß die hier angeführten Gründe, die im wesentlichen für eine Verminderung der Aktivität oder gar für eine Passivierung unserer Zahlungsbilanz sprechen, im allgemeinen und in der wahrscheinlichen Häufung der Faktoren nicht so durchschlagend erscheinen, daß sie uns zu einer pessimistischen Prognose verleiten könnten. Wir dürfen vielmehr, wenn auch mit einiger Unsicherheit, unterstellen, daß die gegenwärtige Aktivität, vielleicht in vermindertem Umfange, fortbesteht, ja daß sie wahrscheinlich weiterhin größer bleibt, als die Durchführung des — wachsenden — Schuldendienstes und die noch notwendige weitere Anreicherung der westdeutschen Devisenreserve notwendig machen.

Dieses Urteil aber ist mit einem — letztlich entscheidenden — Fragezeichen zu versehen. Seine Gültigkeit hängt vom Verhältnis der deutschen zur Weltkonjunktur und vom Verhältnis der daraufhin einzuleitenden deutschen Währungspolitik zu der anderer wichtiger Länder ab. Damit aber sind wir bei einer außerordentlich gewichtigen Fragestellung angelangt. Wohl können wir wahrscheinlich im ganzen damit rechnen, daß die Weltkonjunktur nicht grundlegend schlechter wird und, sollte sie dazu Ansätze zeigen, daß die in erster Linie betroffenen Länder zweckmäßige Maßnahmen zur Vermeidung einer tiefergreifenden Depression einleiten werden. Aber in der gegenwärtigen deutschen Situation dürfen wir uns damit nicht zufrieden geben. Nach wie vor ist bei uns das Vertriebenenproblem nur zum Teil gelöst, nach wie vor sind wichtige Teile des Wiederaufbaus nicht beendet, nach wie vor haben wir die Annäherung unserer Lebenshaltung an den westlichen Standard anzustreben. Dazu ist ein weiteres schnelles Wachstum unseres Sozialprodukts unerlässlich.

Nun war zwar die Senkung der Wachstumsrate unserer Volkswirtschaft in den letzten Jahren im Vergleich zur

ersten Zeit nach der Währungsreform unerlässlich. Die enormen Wachstumsraten der Jahre 1948 bis 1950 waren auf Wachstumsreserven begründet, die, inzwischen im wesentlichen verbraucht sein dürften, und noch immer liegen wir in unserem jährlichen Wachstum mit rd. 5% nicht unerheblich über dem internationalen Durchschnitt von rd. 3%. Man darf auch ohne viel Zögern der westdeutschen Wirtschaftspolitik der Jahre 1948—1953 bezeugen, daß es ihr im Trendmeisterlich gelungen ist, die Notwendigkeit eines möglichst schnellen Wachstums mit der Notwendigkeit der Wiederherstellung absolut gesunder Währungsverhältnisse zu verbinden. Ob aber diese Verbindung im Augenblick noch glückt, bedarf doch der Prüfung. Die bisherigen Hemmungen, die einem schnelleren Wachstum ohne gleichzeitige Gefährdung der Währung entgegenstanden, sind prinzipiell hinfällig. Die wichtigsten Engpässe — Kohle, Stahl, Energie — drücken uns z. Z. gar nicht; teilweise ist hier die Produktionsmöglichkeit durchaus nicht ausgeschöpft. Die Zahlungsbilanz erlaubt eine schnellere Ausdehnung mit entsprechenden Rückwirkungen auf den Import. Der bedrohlichste Engpaß, der im Augenblick güterwirtschaftlich einem schnelleren Wachstum entgegensteht, scheint tatsächlich die qualifizierte und am Ort der Produktionsstätten einsetzbare Arbeitskraft zu sein. Auch hier gibt es aber noch Reserven, und wenn etwa das weitere Wachstum zu einer Anpassung dieser Reserven und damit zu Lohnerhöhungen, in ihrer Folge zu verschärfter Rationalisierung und zur Hebung des Konsums führt, haben wir keinen Anlaß, das prinzipiell zu bedauern; im Gegenteil.

Wäre damit güterwirtschaftlich die Möglichkeit eines noch schnelleren Wachstums unter dem Zeichen einer „Mengenkonjunktur“, also ohne stärkere Preissteigerungen durchaus vorhanden, so gibt es freilich einen Grund, sie im Augenblick nicht zu realisieren. Eine solche Realisierung wäre nämlich praktisch wohl in erster Linie möglich durch Steigerung der öffentlichen Aufträge oder durch Senkung der Steuern, also durch eine Belastung des Haushalts. Wäre diese angesichts der Kassenlage der öffentlichen Haushalte im Augenblick durchaus unbedenklich, so könnte sie doch bedenklich werden, wenn im Zuge des Zustandekommens der EVG, und damit auch einer Ausnutzung der beträchtlichen Ausgabereserve, die die Besatzungsmächte angesammelt haben, der Bundeshaushalt stark belastet wird. Erwartet man diese Belastung bald, also etwa innerhalb der nächsten 6 Monate, so wäre ein Programm der angedeuteten Art zur Beschleunigung des Wachstums in der Tat übermäßig gefährlich, es könnte dann inflatorisch wirken. Aber man wartet nun schon über ein Jahr vergeblich auf das Eintreten dieser Belastung, und ist dieses Warten bisher unschädlich gewesen, so drohen doch jetzt durch die Notwendigkeit solchen Wartens kostbare Möglichkeiten für ein schnelleres Wachstum verloren zu gehen. Im übrigen ist es auch wenig wahrscheinlich, daß mit dem Zustandekommen der EVG, die Belastung alsbald in vollem Umfang und mit expansiver Wir-

kung eintritt. Mindestens also sollte man ein solches Programm zur Ausweitung alsbald vorbereiten, um, falls das Warten wie zu vermuten noch längere Zeit andauert, die Zeit dann nutzen zu können. Damit aber würde auch im Falle einer expansiv wirkenden Mehrbelastung des Haushalts unvermeidlich eine entsprechende Steigerung unserer Importe einsetzen.

Auch eine damit eintretende Belastung unserer Zahlungsbilanz dürfen wir freilich, angesichts der wahrscheinlich etwas geringer werdenden Importabhängigkeit unseres Wachstums, nicht so hoch veranschlagen, daß wir damit allein ein stärkeres Schrumpfen des Aktivsaldos unserer Handelsbilanz begründen könnten, als angesichts unserer Kapitaldienstverpflichtungen erträglich wäre. Wohl aber könnten wir, angesichts der oben geschilderten Unsicherheitsfaktoren und angesichts unserer wachsenden Schuldzahlungsverpflichtungen, mit der „Herstellung der Konvertibilität“ oder danach vor eine sehr unangenehme Wahl gestellt werden, nämlich entweder die Konvertibilität alsbald wieder aufzugeben oder unser Wachstum stärker einzuschränken, als wir es möchten, oder eine inflatorische Wirkung unseres Wachstums zu riskieren — in diesem Falle auf dem Wege über eine Senkung des Wechselkurses und die dadurch eintretende Verteuerung der Importgüter.

Unter diesen Umständen die Konvertibilität anzustreben, erfordert also Mut. Freilich, so könnte man sagen, nicht mehr Mut als die Aufhebung von Bewirtschaftungsmaßnahmen und Preisbindungen im Jahre 1948, die mit noch viel mehr und schwererwiegenden Unsicherheiten belastet war. Auch dürfen wir nicht verkennen, daß die als wohl denkbar unterstellte Belastung unserer Zahlungsbilanz ja auch bei der gegenwärtigen Situation unseres Zahlungsverkehrs eintreten und damit die kreditpolitischen Möglichkeiten einengen würde, wenngleich nicht so bedingungslos. Infolgedessen könnten wir zu dem Ergebnis kommen, daß die Wirtschaftspolitik auch diesen Mut aufbringen sollte — wenn uns das Ziel der Konvertibilität dazu verlockend genug erschiene. Das wäre unbedingt zu bejahen, wenn die Konvertibilität die Bedingungen für eine durchgreifende Wiederherstellung der internationalen Arbeitsteilung schaffen würde, es wäre aber mehr als zweifelhaft, wenn die Konvertibilität nur eine Erleichterung unseres Zahlungsverkehrs mit sich bringt. Solange aber andere Länder in großem Umfang an ihrer Devisenbewirtschaftung festhalten, und solange wir selbst ebenso wie nahezu alle anderen Länder einschließlich derjenigen mit schon jetzt konvertiblen Währungen durch ihre Preis- (und Zoll-) politik, ihre Agrarpolitik, ihre Verkehrspolitik und vielfach durch industriellen Protektionismus die Kostenrelationen in ihren Wirtschaften nicht nur maßgeblich, sondern auch ständig schwankend beeinflussen, scheint uns nicht die Möglichkeit gegeben, durch bloße Herstellung der Konvertibilität der DMark erhebliche Fortschritte in Richtung auf eine weltwirtschaftliche Arbeitsteilung zu machen. Daher erschiene uns der Mut, den wir charakterisiert haben, nur ange-

bracht, wenn im Zusammenwirken vieler Nationen und bei Bereitschaft auch unserer Wirtschaftspolitik zum Abbau der Kostenverzerrungen in den genannten Bereichen das Ziel wirklich lohnend wäre — auch wenn unsere Gesamtbilanz den Mut im wesentlichen rechtfertigt.

Diese letzte Feststellung allein genügt aber noch nicht, um die wahrscheinliche Konvertibilitätsreife unserer Zahlungsbilanz im eingangs skizzierten Sinne proklamieren zu können. Vielmehr ist es dazu notwendig zu überlegen, wie sich die einzelnen Teile unserer Zahlungsbilanz verhalten und wie sie sich bei Eintritt der Konvertibilität, d. h. bei Freigabe des Devisenhandels wenigstens in bezug auf den Waren- und Dienstleistungsverkehr, verhalten würden.

DIE BILANZEN MIT DEN EINZELNEN ZAHLUNGSRÄUMEN

Der derzeitige Stand

Im Grunde genommen ist es nicht korrekt, von einer deutschen Zahlungsbilanz zu sprechen. Wir haben vielmehr eigentlich 19 Zahlungsbilanzen, nämlich eine mit dem sogenannten Dollarraum, eine mit dem Raum der europäischen Zahlungsunion und 17 mit den verschiedenen Ländern, mit denen wir über ein bilaterales Verrechnungssystem abrechnen. Zwar stehen diese Zahlungsbilanzen nicht völlig unabhängig nebeneinander. Allen Partnern gegenüber könnten wir, wenn das notwendig sein sollte, Passivsalden durch Dollars abdecken, die wir anderswo verdienen. Zum Teil aber erhalten wir auch Dollars aus anderen Gebieten als dem Dollarraum. Die Salden aus dem Zahlungsverkehr mit dem EZU.-Raum werden bekanntlich z. T. durch Dollar- bzw. Goldzahlungen abgedeckt, die wir an sich im Zahlungsverkehr z. B. mit dem Dollarraum verwenden können. Ebenso können, je nach dem Inhalt der Verrechnungsabkommen, Spitzen aus dem Zahlungsverkehr mit den Verrechnungsländern in Dollars bezahlt werden, falls diese Dollars haben. Abgesehen davon aber stehen diese 19 Zahlungsbilanzen tatsächlich ohne Verbindung nebeneinander, d. h. wir können nicht beliebig Überschüsse, die wir im Zahlungsverkehr mit einem dieser Räume erzielen, zur Abdeckung eines Defizites gegenüber einem anderen Raum verwenden. Wir werden sehen, daß diese mangelhafte Kommunikation der einzelnen Zahlungsbilanzen für die „Konvertibilitätsreife“ unserer Zahlungsbilanz von großer Bedeutung ist.

Nun sind freilich im vergangenen Jahr unsere Bilanzen gegenüber praktisch all diesen Zahlungsräumen überwiegend aktiv gewesen. Nur gegenüber der Summe der Verrechnungsländer waren wir im Oktober und November — vermutlich auch weiterhin — leicht passiv, gegenüber einigen Ländern (Kolumbien, Uruguay) zeitweilig schon vorher. Bei diesen Passiva aber handelt es sich um relativ geringe Beträge; der Hauptteil ist neuerdings einem sehr energisch von uns selbst angestrebten Passivum u. a. gegenüber Brasilien zuzuschreiben. Gegenüber der Gesamtheit der Verrechnungsländer hatten wir nämlich per Ende November 1953 einen in den vergangenen Jahren auf-

gelaufenen aktiven Kontostand von rd. 214 Mill. \$, d. h. in diesem Betrage war die Summe der Verrechnungsländer Westdeutschland gegenüber verschuldet. An diesem aktiven Kontostand waren 16 von den 17 Ländern beteiligt, nur gegenüber Kolumbien waren wir ganz unbedeutend — und zwar stark abnehmend — verschuldet (mit 724 000 \$ gegenüber 6,2 Mill. \$ im Januar 1953). Bei einer Reihe dieser Länder, nämlich bei Ägypten, Chile und Japan war dabei der sogenannte Swing, d. h. der Betrag, bis zu dem man gemäß dem Verrechnungsabkommen die Verschuldung als durch den normal laufenden, naturgemäß stets etwas wechselnden Zahlungsverkehr bedingt ansehen und entsprechend stillhalten will, leicht überschritten, bei Brasilien war diese Swingüberschreitung zwar nunmehr abnehmend, aber immer noch außerordentlich hoch (74,9 Mill. \$ bei einem Swing von 13,5 Mill. \$)⁷⁾. Das bedeutet natürlich, da Brasilien diesen Überhang nicht alsbald durch Dollarzahlungen abdecken kann, einen Kapitalexport, den Westdeutschland nicht beliebig fortsetzen, ja nicht einmal aufrechterhalten kann. Dementsprechend mußten wir alles daransetzen, diese Aktivpositionen, soweit sie eben nicht durch Dollars abgedeckt werden können, durch Steigerung unserer Importe und gegebenenfalls auch durch Verminderung unserer Exporte abzubauen, und nur auf diese Bemühungen ist dieses Passivum zurückzuführen. Abgesehen davon aber waren wir 1953, und größtenteils auch schon vorher, in sämtlichen Teilbilanzen aktiv. Sowohl gegenüber dem EZU.-Raum als auch gegenüber dem Dollarraum waren die Zahlungen in den ersten 11 Monaten 1953 — und vermutlich weiterhin — nachhaltig aktiv, nämlich gegenüber der EZU. um 411 Mill., gegenüber dem Dollarraum um 299 Mill. \$. Trotzdem sind beide Bilanzen im Hinblick auf die Konvertibilitätsreife sehr unterschiedlich zu beurteilen. Erinnern wir uns der Einwände, die oben gegen eine allzu optimistische Ausdeutung der deutschen Zahlungsbilanz vorgebracht wurden, so müssen wir erkennen, daß sie zwar durchaus für den EZU.-Raum, zu einem erheblichen und besonders empfindlichen Teil aber auch gegenüber dem Dollarraum gelten. Das gilt einmal für die Abhängigkeit des Exportvolumens von der Konjunktur im Ausland, es gilt für die mögliche Entwicklung der terms of trade, und es gilt auch noch auf Grund einer Besonderheit: ein großer Teil der Dollareinnahmen stammt aus dem Dollarumtausch amerikanischer Dienststellen in Deutschland, dessen Weiterentwicklung ohne politische Prognose schwer abzuschätzen ist.

Wahrscheinliche Entwicklung bei Freigabe des Devisenhandels

Würde nun im Zuge der „Herstellung der Konvertibilität“ der Devisenhandel freigegeben — sei es vollständig, sei es im Rahmen des Zahlungsverkehrs aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr — so würden sich weitere Unsicherheiten ergeben, die sich auf die verschiedenen Zahlungsbilanzen sehr ungleich auswirken müßten. Im EZU.-Raum haben wir bekanntlich

⁷⁾ Monatsbericht der BdL., Dezember 1953, Tabelle XI/4, S. 84.

zu mehr als 90 % liberalisiert. Die mit der Freigabe des Devisenhandels im Rahmen der Konvertibilität verbundene 100 %ige Liberalisierung würde also, ceteris paribus, wahrscheinlich einige durch den nicht-liberalisierten Restbestand heute geschützte deutsche Wirtschaftszweige plötzlich der internationalen Konkurrenz aussetzen, aber wohl sicher nicht das Volumen der deutschen Importe aus dem EZU.-Raum so stark ausdehnen, daß sich der Zahlungsverkehr bemerkenswert passivieren würde. Sollte es tatsächlich irgendwo infolge der vollständigen Liberalisierung zu größeren Importstößen kommen, so könnte uns das, im Sinne eines Abbaus unseres Zwangskapitalexports, nur erwünscht sein, und den an einem reibungslosen Zahlungsverkehr interessierten Partnern eigentlich mindestens ebenso. Ganz ähnliches gilt für den Zahlungsverkehr mit den Verrechnungsländern, freilich nur ceteris paribus, d. h. falls die anderen Länder des EZU.-Raumes oder des Verrechnungsraumes weder abwerten noch auf andere Weise eine erhebliche Herabsetzung ihres Preisniveaus bewirken. Diese Annahme haben wir aber bereits abgelehnt, indem wir feststellten, daß der Übergang zur Konvertibilität die internationale Arbeitsteilung nur dann sinnvoll fördern kann, wenn die wichtigsten Partner sich ebenfalls zu diesem Schritt — und darüber hinaus zum Abbau anderer Kostenverzerrungen — entschließen könnten. Nun ist unsere Aktivität gegenüber dem EZU.-Raum aber nichts anderes als die Reziproke der Passivität der anderen Länder. Würden diese ihre Zahlungsbilanz in Ordnung bringen, so würde damit unser Aktivsaldo automatisch verschwinden, jedenfalls bis auf den Rest, der für unsere Schuldendienstzahlungen notwendig ist. Nun, das wäre ja nur erwünscht. Aber zweifellos würde sich damit zugleich unsere Konkurrenzlage erheblich ändern. Die Gewinne, die wir — und unsere Konkurrenten — zur Zeit auf diesen Märkten infolge ihrer Inflationierung erzielen, würden in Fortfall geraten, und es ist nicht sicher, ob wir dann gegenüber Drittländern, mit denen wir z. Z. auf jenen Märkten konkurrieren, nicht in eine ungünstige Position kämen, indem solche Drittländer etwa trotz der ja auch für sie verminderten Gewinne noch exportieren könnten, wir aber nicht. Die Verwirklichung dieser „Gefahr“ ist aber wenig wahrscheinlich, denn sie müßte sich auch im gegenwärtigen Konkurrenzkampf widerspiegeln, tut das aber, wie eben aus der Aktivität unserer Handelsbilanz abzulesen ist, nicht. So dürfen wir auch bei Annahme des Übergangs unserer EZU.-Partner zur Konvertibilität die Handelsbilanz gegenüber den jetzigen EZU.-Ländern einigermaßen optimistisch beurteilen, freilich auch kaum erwarten, daß wir dort wesentliche Dollareinnahmen erzielen könnten. Offen bleibt nur die Frage, wie sich die dann auf den jetzigen EZU.-Märkten einsetzende amerikanische Konkurrenz auswirken würde.

Der gleiche Optimismus ist wohl grundsätzlich am Platz bei einer Betrachtung unserer Handelsbilanz mit den Verrechnungsländern unter der Annahme, daß auch diese zur Konvertibilität übergehen; immerhin

ist aber hier die Frage noch offener. Gerade bei denjenigen Ländern, die stärker inflationiert haben, stehen wir mit unserem Export gewissermaßen unter dem Schutz des Bilateralismus; unsere Konkurrenten kommen auf diesen Märkten genau wie wir nicht in erster Linie nach Maßgabe ihrer Konkurrenzposition zum Zuge, sondern zum erheblichen Teil nach Maßgabe der von jenen Ländern verfügbaren Importgenehmigungen. Die Frage, wer sich unter den gegenwärtigen Konkurrenten auf jenen Märkten bei Aufhebung ihrer Devisenbewirtschaftung durchsetzen würde, ist also fast ganz offen — offener als bei der EZU., der ja mit Ausnahme der USA. die wichtigsten unserer Konkurrenten angehören, bei der sich also zwar die Preisebene der Konkurrenz verschieben würde, aber in gleichmäßigerem Umfang für die gegenwärtigen Konkurrenten.

Am offensten ist die Situation gegenüber dem Dollarraum. Für dieses Gebiet herrschte bei uns selbst bis noch vor kurzem vollständige Devisenbewirtschaftung. Diese wurde zwar so gehandhabt, daß sie für die wichtigsten Grundstoffe nicht mehr sehr effektiv war, d. h. für den Import lebenswichtiger Güter wurden Devisen nach Maßgabe der bei den gültigen Inlandspreisen vorhandenen Nachfrage überwiegend zugeteilt. Auch hier sind also bei Freigabe der Devisen wahrscheinlich keine großen Importstöße zu erwarten, zumal wenn der Agrarprotektionismus der beteiligten Länder ähnlich wie bisher gehandhabt werden sollte. Wohl aber ist es wahrscheinlich, daß die Dollarbewirtschaftung hinsichtlich amerikanischer Fertigwaren teilweise noch recht effektiv ist, daß also bei Freigabe der Devisen auch für diesen Zweck, wie sie ja im Begriff der Konvertibilität liegt, eine erhebliche Steigerung der Nachfrage nach Dollars, also ein entsprechender Importstoß einsetzen würde. Über das wahrscheinliche Ausmaß eines solchen Importstoßes sind die Ansichten der Sachverständigen allerdings sehr verschieden.

Nun wäre freilich diese Situation sowohl gegenüber dem Dollarraum als auch gegenüber den anderen Zahlungsräumen sehr unterschiedlich, je nachdem in welcher Form und in welchem Ausmaß die angestrebte Konvertibilität verwirklicht würde und welche Länder sich am Übergang zur Konvertibilität beteiligen würden. Schon unsere bisherigen Überlegungen aber genügen, um folgendes auszusagen: Wir haben an sich keinen Anlaß, unter dem Gesichtspunkt des etwaigen Übergangs Westdeutschlands zur Konvertibilität unsere Zahlungsbilanzaussichten übermäßig pessimistisch zu beurteilen, vielleicht mit Ausnahme des Dollarraumes. Allein unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, verleiht vielmehr unsere Zahlungsbilanzposition unseren Forderungen auf Herstellung der Konvertibilität ein beträchtliches Gewicht, auch wenn wir mit zahlreichen Unsicherheitsfaktoren zu rechnen haben. Unsere gegenwärtige Zahlungsbilanzposition sagt aber nichts darüber aus, wie sich die deutsche Konkurrenzlage auf den Auslandsmärkten gestalten würde, wenn mit uns viele Länder oder gar alle zur Konvertibilität übergehen würden — und nur dann erscheint uns die

Konvertibilität als Weg zur internationalen Arbeitsteilung wirklich so sinnvoll, daß sie die aufgezeigten Risiken lohnt. Die Frage nach der „Konvertibilitätsreife“ unserer Zahlungsbilanz, d. h. eben die Frage, ob die Konvertibilität mit einer Verteuerung der Importgüter oder einer Kreditpolitik, die unser Wachs-

tum zu vermindern geeignet wäre, erkaufte werden müßte, läßt sich also an Hand unserer derzeitigen Handelsbilanz im einzelnen nicht beantworten. Man sollte daher diese Frage grundsätzlich diskutieren, nicht aber unter dem Gesichtspunkt solcher „Konvertibilitätsreife“.

Summary: Germany's Balance of Payments and the International Division of Labour. To equilibrate a balance of payments, four ways (or a combination of them) are possible: the fluctuation of rates of exchange, measures of credit and monetary policy, administrative measures, and international credits — the last two being an obstacle to the free development of world trade and international credits having but limited justification as a supplementary measure. When inquiring into how mature the German balance of payments is for convertibility, the first consideration must be to what extent its introduction would make Germany's imports dearer, thus prejudicing her exports; for since her balance of capital movements would presumably continue to be unfavourable, her balance of trade would have to be correspondingly favourable. By analysing the course followed by the German balance of payments since 1949, the author investigates whether the home economy's big demand for import goods has been ultimately saturated, whether the level of its exports has already been stabilized, and which will be the prospective trend of the terms of trade. The result of his analysis is that, in spite of all doubts and factors of uncertainty, the introduction of convertibility could be attempted if this were really such a paying proposition, that is to say only if all other countries were introducing it at the same time — thus permitting the international division of labour to be restored completely — but not if this step would merely facilitate international payments. Finally, the author analyses the prospective trend of the German balance of payments — or more exactly the various regional balances — after the abolition of exchange control; but this analysis does not give the answer to what will then be Germany's position on the world markets, so that a general discussion would be necessary here which would not be limited to the aspect of the Deutschmark's maturity for convertibility.

Résumé: République Fédérale: bilan de paiement et répartition du travail internationale. Il y a 4 méthodes pour équilibrer un bilan de paiement: 1. mouvement des cours de change, 2. politique monétaire et du crédit; 3. mesures administratives; 4. crédits internationaux. Une combinaison de ces méthodes est possible, mais il faut ajouter que les deux dernières entravent le développement du commerce mondial et que les crédits internationaux sont justifiés seulement comme mesure complémentaire. Pour former une opinion sur la maturité éventuelle du bilan de paiement allemand pour la convertibilité, il faut se demander d'abord dans quelle mesure la convertibilité entraînerait une hausse de prix pour les importations et, par conséquent, des désavantages pour les exportations allemandes. Car en vue d'une passivité ultérieure du bilan des capitaux il faudrait réaliser un bilan commercial excédentaire. En retraçant l'évolution du bilan de paiement allemand depuis 1949 l'auteur analyse le degré a) de la saturation en marchandises du marché intérieur allemand, b) de la stabilisation du niveau des exportations allemandes. Ensuite il traite du développement futur des termes of trade. Cette analyse mène l'auteur à la conclusion qu'on pourrait oser introduire la convertibilité, malgré tous les facteurs d'incertitude énumérés. Ceci toutefois à condition que la convertibilité serait le but réel aussi des autres pays et que tous ces pays l'introduiraient simultanément, afin de revenir ainsi à une répartition effective du travail. D'autre part on devrait retarder la convertibilité, si elle ne promettait rien qu'un allègement du trafic des paiements entre les pays. A la fin de son article l'auteur examine le développement probable du bilan de paiement allemand — resp. des bilans régionaux — sous le jour de la suppression du contrôle des changes. Selon l'auteur on ne peut pas conclure d'un tel examen au développement futur de la position allemande sur les marchés mondiaux. Il insiste, par conséquent, sur la nécessité d'une discussion de l'ensemble des aspects, tout en prouvant qu'une analyse limitée au seul aspect du moment propice pour la convertibilité ne suffit pas.

Resumen: La balanza de pagos de Alemania y la división de trabajo internacional. La liquidación de una balanza de pagos podría ser efectuada de cuatro diferentes maneras (o por su combinación): por el movimiento de los cambios, por la política monetaria y crediticia, por medidas administrativas y por créditos internacionales — pero las dos últimas impedirían el desarrollo del comercio internacional. Los créditos internacionales tal vez podrían ser justificadas como medidas adicionales. Jugando la madurez de convertibilidad de la balanza de pagos alemana hay que tener en cuenta, en primer término, en que medida una introducción de la convertibilidad encarecería los bienes de importación y así perjudicando la exportación alemana; pues con la expectada pasividad de la balanza de capital, el superavit de la balanza comercial debería ser adecuadamente alto. A base del desarrollo de la balanza de pagos alemana desde 1949, el autor examina si la demanda de mercancías de la economía interior alemana está definitivamente satisfecha y hasta que grado el nivel de exportación se ha estabilizado y como los „terms of trade“ probablemente van desarrollándose. El resultado de este análisis reza que apesar de todos los factores de inseguridad y dudas, se podría arriesgar la introducción de la convertibilidad, supuesto que realmente significaría un objetivo cuya persecución merece la pena, y esto sería el caso si también todos los otros países al mismo tiempo introducirían la convertibilidad y así haciendo posible una drástica restauración de la división de trabajo internacional. En cambio, solamente un aligeramiento del sistema de pagos internacional no sería suficiente. Al fin el autor estudia el probable desarrollo de la balanza de pagos alemana — o bien de las diferentes balanzas regionales — en caso de una derogación de la administración de divisas; pero no dice nada del desarrollo futuro de la posición alemana en los mercados mundiales, lo que necesitaría una discusión general y no un análisis limitado bajo el punto de vista de la madurez de convertibilidad.